

# Gewaltfreiheit und Gerechtigkeit - Basis gemeinsamer Sicherheit

## Vortrag bei der Church and Peace-Tagung am 11. Juni 2016 in Loisy von Dr. Christine Schweitzer

### 1. Umfassende „Versicherheitlichung“

Viel ist in diesen Tagen von Sicherheit die Rede. In der Politik, in den Medien, und auch im persönlichen Umfeld.

Für uns rücken, je nachdem, wohin wir blicken, in welchem Kontext wir uns gerade bewegen oder denken, unterschiedliche Dinge in den Fokus, vor denen wir Angst haben - oder haben sollen: Denn nichts bewegt BürgerInnen so leicht dazu, einer neuen Politik zuzustimmen, sei es in einen Krieg zu ziehen oder Menschen- und Bürgerrechte im Inneren auszuhebeln, als ihnen erst einmal Angst zu machen und dann die neue Politik als Mittel der Angstbekämpfung anzupreisen.

Wenn es nach der NATO und den Verteidigungsministerien der westlichen Länder geht, dann gibt es eine Reihe wesentlicher Bedrohungen unserer Sicherheit, Bedrohungen, die letztlich des Militärs bedürfen. Dafür soll das Militär umfangreiche Steuermittel erhalten, die Rüstungsindustrie florieren und Menschen - freiwillig oder gezwungen - Dienst im Militär tun. Die Liste ist im Kern seit den frühen 1990er Jahren unverändert, wobei Terrorismus seit 2001 an eine höhere Stelle gerückt und ‚Cyberwar‘ in den letzten Jahren neu dazu gekommen ist. In einem Dokument der NATO <sup>1</sup>, das sie auf ihrem Gipfel in Lissabon 2010 verabschiedet hat, werden genannt: Bedrohung in Europa (durch Russland, auch wenn der Name nicht genannt wird; dieser Punkt dürfte dieses Jahr beim NATO-Gipfel in Warschau noch viel stärker herausgestellt werden), Proliferation von Atomwaffen, Terrorismus, Konflikte jenseits des Territoriums der NATO <sup>2</sup>, Cyberattacken, Bedrohung von Handelsrouten und Energieversorgung <sup>3</sup>. Des Weiteren zählt die NATO als Sicherheitsrisiken neue technologische Trends auf (Laser, elektronische Kriegführung) und eine Formung der „Sicherheitsumgebung“ (security environment) durch Gesundheitsrisiken, Klimawandel, Wasserknappheit und steigenden Energiebedarf.

Nationale Strategien, wie z.B. im deutschen Weißbuch von 2006 (das neue wird in diesem Sommer erscheinen), benennen ähnliche Risiken, teilweise in etwas anderer Reihenfolge oder Betonung. So enthielt das deutsche Weißbuch schon 2006 einen Abschnitt zum ‚Sicherheitsrisiko Migration‘ - sicher ein Thema, das dieses Mal ebenso wie die Spannungen mit Russland mehr Gewicht erhalten wird.

Die Verteidigungsministerien in Zentraleuropa benennen seit der Ukraine-Krise Russland als ihre erste und wichtigste Bedrohung. Sie fürchten (oder geben vor zu fürchten), dass Russland versuchen wolle, die alte Sowjetunion wiederherzustellen bzw. in einem Projekt „Groß-Russland“ all jene Territorien sich wieder anzueignen, wo Russen leben. Diese Sichtweise wurde z.B. auch in dem sog. Ischinger-Bericht der OSZE 2015 referiert. <sup>4</sup>

Russland wiederum sieht sich von den USA und der NATO bedroht, ob diese Bedrohung vor oder nach islamistischem Terror steht, bleibt dahingestellt.

Bislang war von Staaten die Rede. Und die BürgerInnen? Lassen wir einmal die wohl universelle Angst vor sozialer Ausgrenzung, Verlust von Liebe, vor häuslicher Gewalt und auch von Krankheit und Tod <sup>5</sup> beiseite:

---

<sup>1</sup> „Strategic Concept For the Defence and Security of The Members of the North Atlantic Treaty Organisation”, Adopted by Heads of State and Government in Lisbon

<sup>2</sup> „Instability or conflict beyond NATO borders can directly threaten Alliance security, including by fostering extremism, terrorism, and trans-national illegal activities such as trafficking in arms, narcotics and people“, heißt es in dem Lissaboner Dokument.

<sup>3</sup> „Some NATO countries will become more dependent on foreign energy suppliers and in some cases, on foreign energy supply and distribution networks for their energy needs. As a larger share of world consumption is transported across the globe, energy supplies are increasingly exposed to disruption“, heißt es in dem Dokument.

<sup>4</sup> 'Back to Diplomacy'. Final Report and Recommendations of the Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project, November 2015

In vielen Ländern der Welt, wahrscheinlich den meisten, dürfte Angst vor Umweltkatastrophen, vor der Polizei, dem Militär und/oder marodierenden bewaffneten Banden ziemlich weit oben in der Liste der Bedrohungen stehen. Neben Terrorismus und neben Staatsterrorismus in Form einer amerikanischen Drohne, die in bestimmten Regionen der Welt jede Menschenansammlung, und sei es eine Hochzeitsfeier, zum potentiellen Risiko macht.

Wenn man in Deutschland „Umfrage Bedrohungsängste“ googelt, dann stößt man auf Umfragen, die sich vor allem mit innerer Sicherheit, v.a. Kriminalität, und Flüchtlingen befassen: So nahm in Deutschland die Sorge, persönlich durch Kriminalität gefährdet zu sein, seit Jahren auffallend zu und liegt inzwischen bei knapp über 50%. Überdurchschnittlich besorgt sind Frauen, über 60-Jährige und die Ostdeutschen. 41 Prozent der Männer, aber 60 Prozent der Frauen fühlen sich nicht sicher; fünf Prozent der Männer, 12 Prozent der Frauen fühlen sich akut bedroht. 69 Prozent meinen, dass die Kriminalität zunehme.<sup>6</sup>

Knapp die Hälfte der BundesbürgerInnen ist über die Flüchtlingssituation in Deutschland sehr besorgt, nur sieben Prozent beunruhigt die Entwicklung überhaupt nicht. 70 Prozent halten die Bewältigung der Flüchtlingswelle für eine der größten Herausforderungen, mit denen Deutschland konfrontiert ist. 71 Prozent sind überzeugt, dass von terroristischen Gruppen zurzeit große Gefahren für das Land ausgehen. „Das persönliche Bedrohungsgefühl hat sich gravierend erhöht. Noch vor wenigen Monaten konnte sich knapp die Hälfte der Bürger nicht vorstellen, selbst durch Terrorismus gefährdet zu werden. Jetzt teilen nur noch 27 Prozent diese Zuversicht“, so die WirtschaftsWoche.<sup>7</sup>

Auch außenpolitische Faktoren werden in Umfragen genannt: „Angesichts der Vielzahl internationaler Konflikte betrachten die Bundesbürger die weltpolitische Entwicklung weiterhin mit zunehmender Sorge. Mittlerweile empfinden 62 Prozent der Deutschen die internationale politische Lage als bedrohlich oder sogar äußerst bedrohlich (September : 58 Prozent). Dies ergab die aktuelle Erhebung des Berliner Umfrageinstituts infratest dimap für den 'ARD-DeutschlandTREND'. Zum derzeitigen Bedrohungsgefühl der Deutschen tragen verschiedene außenpolitische Entwicklungen bei“, schreiben die Meinungsforscher von infratest dimap. Eine davon sei der Vormarsch der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) in Syrien und im Irak.“<sup>8</sup>

Und was folgt daraus? Die einen wählen aus Sorge rechtspopulistische und -extreme Parteien, während die anderen vor genau diesen und den entsprechenden Trends Angst haben - bis hin zu der öfters in Gesprächen geäußerten Befürchtung, dass sich die zwanziger und dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts wiederholen könnten.

Wenn wir mit Umweltverbänden, der Friedensbewegung und den entsprechenden Wissenschaften sprechen, dann werden wir an andere, weitere Bedrohungsszenarien erinnert: Die Lebensweise heute in den Industriestaaten ist nämlich massiv bedroht - essentielle Ressourcen werden in den nächsten 30-40 Jahren zu ende gehen. Dazu kommen Klimawandel, Atom-Gau, die weiter bestehende Gefahr eines Atomkriegs usw.

Noch ein Satz zum Thema Terror, der ja gerade hier in Frankreich in diesen Tagen ein so dominierendes Thema ist:

Terroranschläge lösen bei den meisten von uns nur dann Entsetzen aus, wenn sie quasi vor der eigenen Haustür passieren, und wenn durch große Medienberichterstattung diese gefühlte Nähe

<sup>5</sup> Dem Psychologen David Grossman zufolge sind Krankheit und Tod weniger beängstigend für die meisten Menschen als andere Dinge im sozialen Umfeld: “We want desperately to be liked, loved and in control of our lives; and intentional, overt human hostility and aggression - more than anything else in life - assaults our self-image, our sense of control, our sense of the world as a meaningful and comprehensible place, and, ultimately, our mental and physical health. (...) It is not fear of death and injury from disease or accident but rather acts of personal depredation and domination by our fellow human beings that strike terror and loathing in our hearts.” (Grossman, Dave (1996): On Killing: The Psychological Cost of Learning to Kill in War and Society. New York, Back Bay Books, S. 76). Zitiert nach Georg Adelman (2016), Angst und Bedrohung - eine psychologische Perspektive, in: BSV (Hrsg.), Bevor Angst die Seele auffrisst, HuD Nr. 50, Juni 2016

<sup>6</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-zeigt-angst-um-innere-sicherheit-steigt-14073805-p3.html>

<sup>7</sup> <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/allensbach-umfrage-die-deutschen-sorgen-sich-um-ihre-sicherheit/12737298.html>

<sup>8</sup> <http://www.bundeswehr-journal.de/2014/deutsche-fuerchten-anschlaege-durch-terrormiliz/#more-4126>

noch verstärkt wird. Das können PsychologInnen gewiss erklären. Ohne die Medienberichte dürfte die Betroffenheit längst nicht so groß sein - dass fast 1.000 Menschen sich jedes Jahr das Leben nehmen, indem sie sich vor einen Zug werfen, hat wohl jedeR Bahnreisende schon mindestens einmal selbst erlebt. Es wird aber in den Medien weitgehend verschwiegen, sofern der Tote nicht gerade ein Prominenter wie der Hannoveraner Nationaltorwart Robert Enke war.<sup>9</sup> Und so bleibt auch die Empathie aus. Nun bedeuten solche Selbsttötungen i.d.R. keine Gefahr für die Bahnreisenden, mag man einwenden. Richtig, aber was sagt denn die Statistik zu den Gefahren, denen wir ausgesetzt sind? Statistisch gesehen, ist die Gefahr, durch einen Terroranschlag ums Leben zu kommen, vielfach geringer als die, an einem Autounfall zu sterben (2015: 3.175 Tote<sup>10</sup>; die Zahl der Schwerverletzten lag 2015 bei 67.732 Personen<sup>11</sup>), oder an Krebs zu erkranken (rund 500.000 Neuerkrankungen in Deutschland jedes Jahr, rund 224.000 Menschen sterben jährlich daran<sup>12</sup>). Beides Risiken, die hinzunehmen wir gelernt haben. Die Nennung dieser Zahlen heißt nicht, dass diese Todesfälle gegen die Toten aufgrund von Terroranschlägen aufgerechnet werden sollen, aber illustrieren, wie unterschiedlich wir auf Bedrohungen reagieren.

## 2. Sicherheitskonzeptionen

Der Charakter der Bedrohungen, deren Liste oben gewiss noch etliche weitere hinzugefügt werden könnten, ist so umfassend, dass nichts weniger als eine Weltrevolution zu helfen scheint. Die Gefahren scheinen so übermächtig und Ungerechtigkeit in globalem Maßstab ebenso gewaltig wie die Widerstände dagegen, sie abzubauen - wie kann ihnen begegnet, wie kann globale Gerechtigkeit hergestellt werden? Jede der genannten Bedrohungen würde eine umfassende Beschäftigung verdienen, von Rüstung über Rohstoffausbeutung bis zum Klimawandel. Das kann aber in diesem Vortrag nicht geleistet werden. Deshalb möchte ich mich stattdessen auf die Metaebene begeben:

Ein gemeinsamer Nenner all dieser Bedrohungen und Veränderungen ist, dass sie Konflikt und Gewalt mit sich bringen bzw. drohen, mit sich zu bringen, falls mit ihnen nicht anders umgegangen wird, als es derzeit geschieht. Um nur zwei Beispiele zu nennen:

- Klimawandel bringt innerstaatliche Konflikte um Wasser und fruchtbaren Boden mit sich und ist eine der Hauptursachen von Flucht und Migration. Diese wiederum führen zu dem, was als „Abwehr von Flüchtlingen“ (durch Bau von Grenzzäunen, Polizei- und Militäreinsätze) schon heute passiert, und zum Erstarken von Rechtsextremismus.
- Die sich abzeichnende Rohstoffknappheit ist eine Kriegsursache erster Güte: Viele der geostrategischen Gesichtspunkte der Konflikte heute, von Afghanistan über den Irak bis DR Kongo, deuten dies schon an. Und auch wenn im Moment das Öl billig ist - in ein paar Jahrzehnten gibt es keines mehr.

In einem Satz: Konflikt ist wohl unvermeidbar - die Frage ist, wie wir mit ihm umgehen, ob wir auf Gewalt setzen, um uns gegen alle durchzusetzen, die uns und unsere Interessen zu bedrohen scheinen, oder ob wir andere Formen des Umgangs miteinander finden. Im Folgenden sollen mehrere solcher alternativen Konzepte von Sicherheit vorgestellt werden.

### 2.1 Gemeinsame Sicherheit

Der Begriff der „gemeinsamen Sicherheit“ stammt aus dem Jahr 1982, von einer vom schwedischen Premierminister Olof Palme geleiteten Kommission, der sich sehr um den Abbau des Ost-West-Konfliktes und den KSZE-Prozess verdient gemacht hat. Die 1980-82 arbeitende „Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit“, an der neunzehn bedeutende PolitikerInnen

<sup>9</sup> <http://www.sueddeutsche.de/panorama/suizid-auf-den-gleisen-es-passiert-drei-mal-am-tag-1.133473>

<sup>10</sup> <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/161724/umfrage/verkehrstote-in-deutschland-monatszahlen/>

<sup>11</sup> <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/TransportVerkehr/Verkehrsunfaelle/Verkehrsunfaelle.htm>

<sup>12</sup> <http://www.krebshilfe.de/wir-informieren/ueber-krebs/krebszahlen.html>

und Fachleute aus Ost und West, Nord und Süd, darunter der frühere deutsche Bundesminister und Abrüstungsexperte Egon Bahr, mitwirkten, hat in der Hochphase des Kalten Krieges die lebensbedrohlichen Konsequenzen von Militärallianzen mit nuklearen Abschreckungsdoktrinen eingehend analysiert. Sie fassten ihre Ergebnisse in einem Alternativ-Konzept „gemeinsamer Sicherheit“ zusammen, das über das UN-Prinzip der „Kollektiven Sicherheit“ hinausgeht: „In der heutigen Zeit kann Sicherheit nicht einseitig erlangt werden. Wir leben in einer Welt, deren ökonomische, politische, kulturelle und vor allem militärische Strukturen im zunehmenden Maße voneinander abhängig sind. Die Sicherheit der eigenen Nation lässt sich nicht auf Kosten anderer Nationen erkaufen.“<sup>13</sup>

Im nuklearen Zeitalter der gegenseitig gesicherten Zerstörung sei Sicherheit nicht mehr vor dem potentiellen Gegner, sondern nur noch mit ihm, d.h. als gemeinsame Sicherheit, zu erreichen.

Der Begriff wurde in den 1980er Jahren von vielen Menschen in Europa, auch politischen Parteien jenseits der Sozialdemokratie, aufgenommen und der Abschreckungspolitik mit der Drohung eines atomaren Holocausts entgegengesetzt, und er fand Eingang in den KSZE-Prozess.

Doch der Zeit der Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge, die auch ein (verzögerter) Erfolg der Friedensbewegung der 1980er Jahre gewesen war, folgte schon bald eine neue Phase. Die NATO hörte auf, auf Russlands Interessen und Besorgnisse Rücksicht zu nehmen. Sie weitete sich immer mehr in Richtung der Grenze Russlands aus und griff Vorschläge für eine gesamteuropäische Verständigung nicht auf, so 2009 den Vorschlag Russlands, einen gesamteuropäischen Sicherheitsvertrag zu verfassen.<sup>14</sup>

Der Begriff der gemeinsamen Sicherheit ist auch heute noch aktuell, auf zweierlei Art und Weise: Zum einen hat er erneut Bedeutung für das Verhältnis zwischen dem Westen und Russland erlangt - einem Westen, der jetzt politisch auch die zentraleuropäischen Staaten umfasst. Das gegenwärtige Waffen klappern auf beiden Seiten der russischen Grenze ist durchaus gefährlich, zumal etablierte Verständigungsmechanismen der Zeit des Kalten Krieges heute nicht mehr so funktionieren.

Zum anderen kann er ausgeweitet werden auf ein Konzept einer globalen gemeinsamen Sicherheit. Nicht nur im Verhältnis Ost-West, sondern auch für Nord-Süd und Süd-Süd gilt: Sicherheit kann letztlich nur miteinander, nicht gegeneinander erreicht werden.

## 2.2 Menschliche Sicherheit

Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit ist ein Konzept der Sicherheit zwischen Staaten. Anders verhält es sich mit dem der „menschlichen Sicherheit“.

Der Begriff „menschliche Sicherheit“ (human security) ist durch den Human Development Report 1994 des United Nations Development Programme (UNDP) in die internationale politische Debatte eingeführt worden.<sup>15</sup> Der Bericht stellt dem Sicherheitsbegriff der Zeit des Kalten Krieges, der als territoriale Sicherheit, als Schutz nationaler Interessen im Kontext internationaler Politik oder als globale Sicherheit vor nuklearer Bedrohung definiert wurde, die Sicherheitsbedürfnisse der „gewöhnlichen Menschen“ gegenüber: Menschliche Sicherheit bedeutet Freiheit von Furcht und Freiheit von Mangel („freedom from fear“ and „freedom from want“). Also z.B. Schutz vor Krankheit, Hunger, Arbeitslosigkeit, Verbrechen, sozialen Konflikten, politischer Unterdrückung und Umweltrisiken. Es gibt neben diesem „weiten“ Begriff menschlicher Sicherheit auch einen „engen“, der sich auf Krieg und Gewalt beschränkt.

---

<sup>13</sup> Common Security: A Blueprint for Survival, 1982; Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hg.), Gemeinsame Sicherheit, 3 Bände, Baden-Baden, 1986 und 1987. Zitiert nach: Dieter Deiseroth, Das Friedensgebot des Grundgesetzes und der UN-Charta - ... und die Bundeswehr? (Manuskript)

<sup>14</sup> Projekt eines Vertrages über europäische Sicherheit ([http://www.sicherheitspolitik-dss.de/autoren/lemcke/proj1\\_eu.htm](http://www.sicherheitspolitik-dss.de/autoren/lemcke/proj1_eu.htm)) und Sabine Jaberg, 'Der Westen blockierte eine Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa', in: Friedensforum 4/2016

<sup>15</sup> <http://hdr.undp.org/reports/global/1994/en/>

Das Wesentliche an dem Begriff der menschlichen Sicherheit in beiden Ausprägungen ist, dass es bei ihm **zuerst** um den Schutz des Individuums und nicht des Staates geht, und er damit den Menschenrechten Priorität gegenüber staatlichen Interessen, letztlich auch Souveränitätsrechten, gibt.

Wie kann menschliche Sicherheit mit gewaltfreien Mitteln hergestellt werden?

UNDP empfahl eine an den Bedürfnissen der Menschen (nicht der Staaten) orientierte Entwicklungspolitik als den besten Weg, menschliche Sicherheit zu erreichen. Eher auf den engen Begriff von menschlicher Sicherheit bezogen, beschreiben Slim und Eguren <sup>16</sup> folgende fünf Mechanismen, menschliche Sicherheit gegenüber staatlichen Strukturen, die diese verletzen, durchzusetzen:

- Denunzierung (durch Öffentlich machen von Missständen die Behörden zwingen, ihren Verpflichtungen nachzukommen)
- Überzeugung
- Mobilisierung von Einflussreichen
- Substitution (Dienste selbst zur Verfügung stellen)
- Unterstützung lokaler Strukturen.

### 2.3 Schutzverantwortung (R2P)

Die Schutzverantwortung, von der in den letzten Jahren beinahe mehr als von der menschlichen Sicherheit die Rede war, ist wiederum ein Konzept, das sich in erster Linie an die Staatenwelt richtet, seinen Höhepunkt aber nach dem Libyenkrieg 2011 (s.u.) bereits wieder überschritten hat. Sie wurde 2001 von der International Commission of Intervention and State Sovereignty (ICISS) formuliert. <sup>17</sup> 2005 wurde die „Responsibility to Protect“ (R2P) trotz einiger Bedenken, die sie als Blueprint für weltweite Militärinterventionen sahen, von der UN-Generalversammlung angenommen und ein Jahr später vom Sicherheitsrat bestätigt. Der Weltgipfel stellte fest, dass 'jeder Staat die Verantwortung habe, seine Bevölkerung vor vier Arten von Verbrechen zu schützen: Genozid, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit'.

Wenn ein Staat es versäumt, dieser Verpflichtung nachzukommen, dann habe die internationale Gemeinschaft das Recht und die Pflicht, einzugreifen: zu verhindern, zu reagieren und wieder aufzubauen. Die UN unterschied drei Säulen:

- Säule 1: Jeder Staat muss seine Bevölkerung vor R2P-Verbrechen schützen.
- Säule 2: Internationale Hilfe, um dieser Aufgabe nachzukommen.
- Säule 3: Intervention auch gegen den Willen des Staates.

Das internationale militärische Eingreifen in Libyen 2011 war die erste Militärintervention, die mit R2P rechtfertigt wurde. Ihre Ergebnisse sind bekannt - das Regime von Gaddafi wurde mit Gewalt beseitigt, das Land stürzte in einen Bürgerkrieg und ist heute eines der Länder, die am meisten unter der Präsenz des sog. Islamischen Staats zu leiden haben. Ähnlich uneindeutig verhält es sich auch mit anderen Beispielen, die oftmals als Argument für Krieg angeführt werden: Die Alliierten im Zweiten Weltkrieg besiegten zwar Deutschland, aber unternahmen während des Krieges nichts gegen die deutschen Konzentrationslager, obwohl sie wussten, was vorging. In Ruanda zogen die zahlenmäßig geringen UN-Truppen zunächst ab, im Kosovo wurden Einrichtungen und reguläre Truppen von der NATO aus der Luft bombardiert, während Paramilitärs am Boden ungehindert die Bevölkerung vertrieben. Auch im Kampf gegen den IS sieht es teilweise nicht sehr viel anders aus - zwar ist er aus einigen Orten vertrieben worden, aber nur um anderenorts - auch außerhalb Syriens und des Irak - weiter aktiv zu sein.

---

<sup>16</sup> Slim, Hugo and Eguren, Enrique (2004) Humanitarian Protection. A Guidance Booklet. Pilot Version, ALNAP, <http://www.odi.org.uk/rights/Publications/protectionbooklet3.pdf>

<sup>17</sup> 'The Responsibility to Protect.' Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty, 2001

## 2.4 Friedenslogik statt Sicherheitslogik

Der Begriff der „Friedenslogik“ stammt von der deutschen Friedenswissenschaftlerin Hanne-Margret Birckenbach. Sie hat ihn vor wenigen Jahren geschaffen, um ein Denken zu skizzieren, das sich abhebt vom üblichen Denken der Politik, das allein nach „Sicherheit“ fragt - so fragwürdig diese auch ist.<sup>18</sup> Die derzeitige „Sicherheitslogik“ schafft im Namen der „Versicherheitslichung“ einen riesigen Gewaltapparat, der die Ressourcen verschlingt, die so dringend für andere Aufgaben gebraucht werden. Konflikte und Probleme werden als etwas gesehen, das man abwehren muss, mit „allen notwendigen Mitteln“. Dabei gelten das Recht des Stärkeren und seine Interessen.

Im Unterschied hierzu sieht das friedenslogische Herangehen ein Problem unter der Fragestellung, wie Gewalt verhindert werden kann und strebt nach einer Konflikttransformation. Seine Mittel sind die der Gewaltfreiheit und der Dialogverträglichkeit. Anstelle des Rechts des Stärkeren wird eine universale Sichtweise gesetzt, die nach einer globalen Verträglichkeit sucht. Und last but not least führt ein Misserfolg nicht sofort zur Eskalation, sondern gestattet, wieder neu anzufangen und es das nächste Mal anders und besser zu machen (Fehlerfreundlichkeit und Reflexivität).

Hanne-Margret Birckenbach hat geschrieben: „Aus der Militarisierungsfalle kommt Politik nur dann heraus, wenn sie Frieden wieder zum Leitbegriff macht. Im Fall von Konflikten, die bereits in direkte Gewalt eskaliert sind, heißt Frieden:

1. Gewalt und ihre Bedingungen kritisieren,
2. Problemlösungen und Alternativen zur Gewalt für möglich halten und
3. Problemlösungen und Alternativen möglich machen und praktizieren.

Je mehr wir friedenslogisch denken, um so eher erkennen wir, was tatsächlich getan werden kann, um Gewalt einzudämmen, in Konflikten konstruktiv zu reagieren und Friedenskräfte - wie schwach sie auch sein mögen - zu stärken.“<sup>19</sup>

Der Unterschied zwischen sicherheitspolitischem Regierungshandeln und seiner friedenslogischen Alternative ist nicht mehr unbedingt, zumindest nicht bei den Vereinten Nationen und auch nicht in Deutschland, dass zivile Instrumente in Bausch und Bogen abgelehnt werden. Das Zauberwort in der Regierungswelt heißt ‚vernetzte Sicherheit‘ (englisch: comprehensive approach): „21. The lessons learned from NATO operations, in particular in Afghanistan and the Western Balkans, make it clear that a comprehensive political, civilian and military approach is necessary for effective crisis management. The Alliance will engage actively with other international actors before, during and after crises to encourage collaborative analysis, planning and conduct of activities on the ground, in order to maximise coherence and effectiveness of the overall international effort.“<sup>20</sup>

Das deutsche Weißbuch 2006 argumentiert ähnlich: „Der Begriff ‚zivile Krisenprävention‘ ist nicht als Abgrenzung zu militärischer Krisenprävention zu verstehen, sondern schließt diese ein.“<sup>21</sup> ‚Frieden schaffen mit und ohne Waffen‘ ist das Prinzip, das den staatlichen Bemühungen um das zugrunde liegt, was in Deutschland ‚zivile Krisenprävention‘ heißt.

Hier kommt im Unterschied zu einer Sichtweise, die der Friedenslogik und der Gewaltfreiheit verpflichtet ist, die weit verbreitete Überzeugung zum Ausdruck, dass in Gewaltsituationen nur Gewalt hilft, um sich und Andere zu schützen. Was wir dringend brauchen, ist ein Paradigmenwechsel, der anerkennt, dass Gewaltfreiheit in vielen Situationen sehr wirksam sein kann, ja wirksamer und nachhaltiger als Gewalt.

<sup>18</sup> Siehe z.B.: das Dossier Nr. 75 von Wissenschaft & Frieden (2014), Friedenslogik statt Sicherheitslogik, Theoretische Grundlagen und friedenspolitische Realisierung. Von Ulrich Frey, Christiane Lammers, Hanne-Margret Birckenbach, Sabine Jabert, Christine Schweitzer und Andreas Buro, in: W&F 14/2

<sup>19</sup> Birckenbach, Hanne-Margret (2013) Friedenslogik statt Sicherheitslogik. Vortrag auf der 11. Internationalen Münchner Friedenskonferenz, 1. Februar 2013

<sup>20</sup> NATO 2010 a.a.O.

<sup>21</sup> Weissbuch 2006, S. 28 (Bildunterschrift)

## Exkurs: Dilemma-Situationen

Auch in Kreisen der Friedensbewegung wird angesichts bestimmter Krisen und Konflikte die Frage gestellt, ob ein Militäreinsatz in dem entsprechenden Fall nicht wünschenswert oder rückblickend unumgänglich gewesen sei. Heute wird diese Frage angesichts des IS gestellt, vor ein paar Jahren war es 9/11, davor Kosovo, Bosnien und Kroatien, davor die irakischen Raketen auf Israel 1991 usw. Die Grundfrage blieb stets: „Ist dies nicht eine Situation, wo nur Militär/Gewalt helfen kann?“ Und dieselbe Frage wurde auch schon im ersten Weltkrieg, im spanischen Bürgerkrieg (1936-1939) <sup>22</sup>, im zweiten Weltkrieg, anlässlich des Vietnamkriegs und anlässlich der Befreiungskriege im Süden (besonders Nicaragua und El Salvador) gestellt. Dies alles waren Ereignisse, die viele PazifistInnen verunsicherten, manche zur bewussten Abkehr von ihren bisherigen Überzeugungen veranlassten, andere zum Bemühen, ihre pazifistische Grundüberzeugung mit einer Befürwortung oder zumindest Nicht-Ablehnung des betreffenden Krieges in Einklang zu bringen. <sup>23</sup>

Drei Punkte hierzu fürs Nachdenken und zur Diskussion:

1. Oftmals wird die Notwendigkeit militärischen Eingreifens mit den Fällen begründet, in denen es nicht zu ihm gekommen ist. Die beiden besten Beispiele dafür sind Ruanda 1994 und Srebrenica 1995. Damit enthebt sich der/die so Argumentierende der Notwendigkeit, den Nachweis zu führen, dass ein solches Eingreifen Erfolg gebracht hätte. Im Falle Libyens hat es, wie oben schon angesprochen, ja nur zur Verschlimmerung der Lage beigetragen.
2. Der zweite Weltkrieg ist das nächste Beispiel, das dann gerne angeführt wird. Aber der war nun keine humanitäre Intervention, sondern schlicht ein internationaler Krieg, den glücklicherweise - unter Inkaufnahme gewaltiger Verluste - die richtige Seite gewonnen hat - wenn auch unter Begehen von Taten, die auch damals schon von der Genfer Konvention als Kriegsverbrechen geächtet waren. Wenn Krieg nie zum Sieg führen würde, gäbe es ihn schon längst nicht mehr. Die Frage ist stattdessen, ob er sein muss oder ob es nicht Alternativen gibt.
3. „Humanitäre Intervention“ ist in erster Linie ein Legitimationsmuster, das geostrategische Interessen der Eingreifenden verschleiern soll. Es ist auch ein gutes Argument, sich der Unterstützung der WählerInnenschaft zu versichern, denn diese ist wirklich betroffen und entsetzt über das Leiden, das ein Krieg anderenorts gerade verursacht. Die Herrschenden aber sind, das haben sie immer und immer wieder bewiesen, gleichgültig gegenüber den Opfern, sofern es nur die „Richtigen“ sind. Nur ein Beispiel dazu, nachzulesen bei Michael Lüders: Aufgrund der Sanktionen gegen den Irak sind zwischen 1991 und 2003 geschätzt eine Million Menschen, davon 500.000 Kinder umgekommen. Außenministerin Albright, in einer US-Nachrichtensendung 1996 danach gefragt, antwortete, dass die halbe Million Kinder „den Preis wert“ gewesen sei. <sup>24</sup>

### **3. Zur Wirkmächtigkeit gewaltfreien Handelns**

#### 3.1 Gewaltfreie Aktion

Die Gewaltfreie Aktion „ist die Form der [politischen] Konfliktaustragung, die aus der Haltung der Gewaltfreiheit resultiert und bei der bewusst auf verletzende oder tötende Gewalt verzichtet wird“. <sup>25</sup> Dabei wird nicht die Person des Gegners angegriffen, sondern seine gegenwärtige Rolle

---

<sup>22</sup> Siehe Xabier Aguirre Aranburu, „Was würde ich machen, wäre ich heute in Spanien?“, in Graswurzelrevolution Nr. 208/209, S. 56-62

<sup>23</sup> Als Beispiel für viele soll hier an die Erklärung des Geschäftsführenden Vorstandes von pax christi Deutsche Sektion vom 9.8.95 erinnert werden, in der es u.a. heisst: "Wir halten ... um der Glaubwürdigkeit unseres Friedenshandelns willen ein künftiges militärisches Eingreifen dann für gerechtfertigt, wenn - wie im Fall von Srebrenica und Zepa - Menschen in unerträglichem Maße schutzlos der Gewalt von Aggressoren ausgeliefert sind." (zitiert nach Friedensforum 4/95, Hrsg. Netzwerk Friedenskooperative Bonn, S. 23 f)

<sup>24</sup> Zitiert nach: Lüders, Michael (2015) „Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet.“ München: C.H. Beck

<sup>25</sup> [http://www.friedenspaedagogik.de/themen/zivilcourage/grundlagen/konflikte\\_gewaltfrei\\_loesen](http://www.friedenspaedagogik.de/themen/zivilcourage/grundlagen/konflikte_gewaltfrei_loesen)



als Repräsentant in einem ungerechten System. Die Trennung von Person und Rolle trägt zum Feindbildabbau bei und eröffnet neue Handlungsperspektiven. Ziel der Gewaltfreien Aktion ist es nicht, die GegnerInnen zu besiegen oder zu vernichten, sondern auf die Veränderung des gegnerischen Willens hinzuwirken.

Die Herstellung von Gerechtigkeit braucht die gewaltfreie Aktion. Sie wird weltweit angewendet - etwa wenn sich Menschen gegen Ausbeutung wehren, gegen den Kauf ihres Landes durch multinationale Unternehmen, gegen Bergbau und Rohstoffausbeutung, Tourismusunternehmen u.v.a.m.

Zugegeben: Nicht alle diese Bewegungen sind völlig gewaltfrei (Beispiel: Indien), aber in jedem Falle stehen sie in einem total asymmetrischen Konflikt schwerst bewaffneten Sicherheitskräften gegenüber. Und ich denke, sie verdienen unsere Solidarität, wobei Solidarität nicht bedeutet, alle Methoden und Strategien gutzuheißen, die angewendet werden.

### 3.2 Erfolgreicher gewaltfreier Widerstand

Bekannt sind all jene Fälle, in denen gewaltloser Widerstand sich zu gewaltsamem wandelte. U.a. geschah dies im Kosovo 1997, als die Kosovo-Befreiungsarmee innerhalb relativ kurzer Zeit den gewaltlosen Widerstand verdrängte, und in Syrien 2011/12, als die Aufständischen zuließen, dass desertierende Soldaten, die sich zur Freien Syrischen Armee zusammenschlossen, anfangen, die Proteste zu ‚beschützen‘.

Gründe für solches Umschwenken von zivilem zu gewaltsamem Widerstand sind i.d.R. das Fehlen von sichtbaren Veränderungen/Erfolgen durch den gewaltlosen Widerstand, Versagen bei der Kontrolle vor allem junger, ungeduldiger Männer durch die Führung des Widerstands, die trotz der Wahl einer anfänglich gewaltlosen Strategie bleibende Überzeugung von der größeren Wirksamkeit von Gewalt und sicher auch patriarchale Denkmuster von Schande und Ehre.

Aber oftmals erweist sich dieses Umschwenken im Nachhinein als ein Fehler, denn gewaltlose Aufstände haben viel größere Aussichten auf Erfolg als gewaltsame: Zwischen 1972 und 2002 wurden nach Karatnycky & Ackerman (2005) 67 autoritäre Regime beseitigt, mehr als 70% davon als Ergebnis gewaltloser Aufstände.<sup>26</sup> Chenoweth und Stephan<sup>27</sup> untersuchten 323 gewaltsame und gewaltlose ‚Widerstandskampagnen‘, wie sie es nennen, zwischen 1900 und 2006, wovon 105 gewaltlos waren. Im Vergleich stellte sich heraus, dass die gewaltlosen mehr als doppelt so erfolgreich waren (53%) als die gewaltsamen.

Anders formuliert: Nur jede vierte Kampagne versagte total, während nur etwas mehr als einer von vier gewaltsamen Aufständen (26%) erfolgreich war (2011: 11).

### 3.3 Zivile Konfliktbearbeitung allgemein

Allgemein ausgedrückt, sind es die Aufgaben von Krisenprävention und Ziviler Konfliktbearbeitung, Kriege zu verhindern und dort, wo trotzdem Konflikte zu Gewalt eskalieren, sie zu beenden, Sicherheit wiederherzustellen und die Ursachen und Folgen der Gewalt erfolgreich und nachhaltig zu beseitigen.

Zu den Grundgedanken der zivilen, gewaltfreien Konfliktbearbeitung gehören:

- Gewalt ist in den wenigsten Fällen produktiv, denn sie führt zur Verhärtung von Haltungen und zu späterer Fortsetzung des Konflikts. Wer gezwungen wird, nachzugeben, vergisst das nicht. Es bleibt die Botschaft: „Nur Gewalt hilft.“ Werden Unschuldige mit betroffen, verstärkt dies die Traumatisierung.
- Die Unterscheidung von Positionen und Interessen

---

<sup>26</sup> Karatnycky, Adrian / Ackermann, Peter (2005) How Freedom is Won. From Civic Resistance to Durable Democracy, Freedom House

<sup>27</sup> Chenoweth, Erica und Stephan, Maria J. (2011): Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict. New York: Colombia University Press und Chenoweth, Erica und Stephan, Maria J. (2014) Drop Your Weapons. When and Why Civil Resistance Works



- Galtung's Konfliktdreieck: Alle drei Seiten müssen bearbeitet werden, soll ein Konflikt erfolgreich transformiert werden.
- Friedenslogisches Herangehen, wie oben beschrieben

Zivile Konfliktbearbeitung findet zu Hause ebenso wie international statt. Es gibt viele Beispiele und Ansätze von Ziviler Konfliktbearbeitung bei uns, von Nachbarschaftsmediation über Streit-schlichtungsprogrammen in Schulen bis hin zu interreligiösem Dialog.

### 3.4 Gewaltfreie Intervention: Schutzverantwortung wahrnehmen und menschliche Sicherheit schaffen ohne Gewalt

International bedeutet Zivile Konfliktbearbeitung, gewaltfreie Intervention so zu entwickeln, dass sie eine Alternative zu militärischem Eingreifen darstellen kann. Das ist, wie die beiden Forscher/Aktivistinnen Yeshua Moser-Puangsuwan und Tom Weber es nannten, eine „wiederkehrende Vision“<sup>28</sup>. Diese Vision hat am Anfang vieler Peace-Team-Projekte und ziviler Friedensdienste (einschließlich des deutschen) sowie mindestens einem Dutzend kurzzeitiger Projekte gestanden (z.B. Friedensmärsche, wie sie in Bosnien in den 90er Jahren stattfanden).

Im Bereich des Peacebuilding und der Prävention gibt es eine Unzahl von Instrumenten und Arbeitseinsätzen, sowohl von einheimischen wie von internationalen Organisationen. Im Vortrag von Maria Biedrawa haben wir gerade einige Beispiele gehört. Friedensdienste wie der deutsche *Zivile Friedensdienst*, der umfassendere Arbeit der Unterstützung einheimischer Partnerorganisationen bei der Konfliktprävention und -bearbeitung, Versöhnungsarbeit, Dealing with the past, Trainings und andere Formen des Capacity Building leistet, gehören neben der Tätigkeit vieler nationaler und internationaler Organisationen hier hinein.

Hier möchte ich auf eine Form gewaltfreier Intervention besonders eingehen, das Zivile Peacekeeping. Wir haben keinen Grund, die Begriffe „menschliche Sicherheit“ oder „Schutzverantwortung“ den Befürwortern militärischer Interventionen zu überlassen. Was für Staaten eine neue und kontroverse Idee ist, ist im Grunde ein alter Hut. Inspiriert von Gandhis Idee einer „Shanti Sena“, einer Friedensarmee, haben sich soziale Bewegungen schon seit Jahrzehnten in gewaltsame Konflikte in anderen Ländern eingemischt. Ihr Ziel: Krieg und Gewalt zu verhindern, zu Dialog und Versöhnung beizutragen oder zumindest Zivilbevölkerung, Flüchtlinge oder Menschenrechtsverteidiger durch ihre Präsenz vor Ort zu beschützen. Zivile Peacekeeperinnen und Peacekeeper haben zu ihrem Schutz keine Waffen. Was sie in einem gewaltsamen Umfeld erreichen können, ist für viele Menschen deshalb schwer zu verstehen, weil sie an den Gedanken gewöhnt sind, dass Gewalt im Extremfall das einzige Mittel ist, das Schutz bieten kann. Es ist wahr, dass unbewaffnete Zivileistinnen und Zivileisten keine Mittel haben, etwas direkt zu erzwingen - sie können Angreifer nicht töten oder durch Schüsse stoppen. Sie können aber trotzdem erfolgreich die Zivilbevölkerung oder MenschenrechtsaktivistInnen schützen, wie u.a. die Arbeit von *Nonviolent Peaceforce* und *Peace Brigades International* illustriert. Unbewaffnete Peacekeeper haben ihre eigenen Quellen von Macht: Den Aufbau von Vertrauen sowie Respekt, der ihnen als Internationalen entgegengebracht wird, und der bekannte Mechanismus des „Die Welt schaut zu“.<sup>29</sup>

### 3.5 Soziale Verteidigung - Verteidigung der Lebensweise, nicht des Territoriums

Soziale Verteidigung ist ein Konzept des gewaltfreien Widerstandes, das für bestimmte Situationen, vor allem zur Verteidigung bei militärischen Übergriffen eines anderen Landes auf das eigene oder zur Abwehr eines Staatsstreichs, entwickelt wurde.

Der Begriff der Sozialen Verteidigung wurde seit Ende der 50er Jahre von einer Gruppe von FriedensforscherInnen (u.a. Stephen King-Hall, Gene Sharp, Adam Roberts, April Carter und

<sup>28</sup> Moser-Puangsuwan, Yeshua und Weber, Thomas (Hrsg.) (2000) *Nonviolent Intervention Across Borders. A Recurrent Vision*. Honolulu: Spark M. Matsunaga Institute for Peace

<sup>29</sup> Zu Zivilem Peacekeeping, siehe u.a. Ellen Furnari (ed.) *Wielding Nonviolence in the Midst of Violence*, Norderstedt: BoD 2016.

Theodor Ebert) geprägt, die nach einer alternativen, nichtmilitärischen Form der Verteidigung gegen die von ihnen zunächst unhinterfragt angenommene Bedrohung durch den Warschauer Vertrag suchten. Nur allmählich änderten sich die Bedrohungsanalysen, die sie ihren Arbeiten zugrundelegten, bezogen sie Staatsstrieche und später die Möglichkeit einer Intervention ehemals befreundeter Staaten mit ein.

Nach Ende des Kalten Kriegs wurde es still um das Konzept, aber, wie wir im Moment erleben, zu Unrecht.

Die US-amerikanische Organisation *Collaborative for Development Action* hat zwischen 2002 und 2006 13 Beispiele gesammelt von Fällen, in denen Gemeinden oder ganze Regionen sich aus einem sie umgebenden gewaltsamen Konflikt erfolgreich heraushielten. „Opting Out of War“ ist das daraus entstandene Buch, das aus den Einzelfällen eine Reihe allgemeiner, auf viele oder alle diese Fälle zutreffende Faktoren ableitet.

Zunächst einmal bemerkenswert sind überhaupt die Zahl und der Charakter solcher Fälle. Viele mögen von den Friedensgemeinden in Kolumbien wissen; manche vielleicht noch, dass es auch auf Mindanao (Philippinen) solche Friedenszonen gibt. Aber wer weiß, dass die Muslime in Ruanda während des Völkermordes es nicht nur schafften, sich selbst aus dem Konflikt herauszuhalten, sondern in vielen Fällen auch ihren Tutsi-Nachbarn das Leben retteten? Oder dass die Jaghori in Afghanistan in der Zeit des Taliban-Vormarsches ihre Unabhängigkeit und eigene Lebensweise, zu der u.a. auch der Schulbesuch von Mädchen gehörte, erfolgreich verteidigten? Die 13 Fälle umfassen Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Burkina Faso, Kolumbien, Fidji, Indien, Kosovo, Mosambik, Nigeria, die Philippinen, Ruanda, Sierra Leone und Sri Lanka.

#### 4. Fazit

Krieg und Gewalt sind scheinbar effektiv. Der Glaube an die Allmacht der Gewalt ist leider in den meisten Gesellschaften dominant, auch wenn die meisten Kriege heute durch Verhandlungen beendet werden, nicht durch den Sieg einer Seite. Aber wie schon oben angesprochen: Wenn Krieg immer so ineffektiv wäre, wie manche PazifistInnen argumentieren, wäre er als Institution kaum über viele Jahrtausende erhalten geblieben.

Anders sieht es aber aus, wenn wir uns die längerfristigen Folgen ansehen. Schon Bart de Ligt prägte in den 1930er Jahren den Spruch, „Je mehr Gewalt, desto weniger Revolution“<sup>30</sup>. Das Gleiche gilt für alle Kriege, die aus vermeintlich humanitären Begründungen geführt werden oder bei denen es um die Bewahrung der eigenen Privilegien geht. Oft ersetzen sie nur ein Übel durch ein anderes. Wir erleben es schon jetzt: Die Kriege, die von den USA und Europa ausgehen, sind nicht nur selbst flagrantes Unrecht, sondern schaffen auch neue Gewalt - jede Drohne brütet einen Terroristen aus, ist ein geflügeltes Wort geworden. Und gegen diese Gewalt wird dann wieder mit noch mehr Krieg geantwortet - eine Spirale des Todes.

Das Grundproblem aus pazifistischer Sicht besteht darin, dass Militär zur Verfügung steht und deshalb Krieg gewöhnlich eine machbare Handlungsoption ist. Während gewaltfreie Alternativen nicht zur Verfügung stehen und deshalb scheinbar utopisch bleiben. Deshalb gilt es, Soziale Verteidigung als Alternative zur militärischen Verteidigung und gewaltfreie Intervention in Konflikte jeder Eskalationsstufe zur Alternative zu militärischen Interventionen weiterzuentwickeln und aufzubauen.

Ein Grundproblem ist die Unterscheidung zwischen legitimer und illegitimer Anwendung tödlicher Gewalt. Erst wenn das Töten von Menschen grundsätzlich geächtet wird, nicht nur im privaten Miteinander, sondern auch in der Politik, erst wenn es keine Institutionen mehr gibt, in denen das Töten gelehrt und angewendet wird (Militär), wird es möglich sein, Gewalt zu überwinden.

---

<sup>30</sup> 1936 in „The Conquest of Violence“.

In der Zwischenzeit müssen wir uns damit abfinden, dass es keine absolute Sicherheit gibt, und sie auch nicht durch staatliche Mittel hergestellt werden kann. Sich mit Unsicherheit abzufinden, kann ein Weg sein, für die eigene Freiheit zu kämpfen - viele MenschenrechtlerInnen und AktivistInnen in aller Welt, die alltäglich von Todesschwadronen oder Polizei und Militär bedroht sind, sprechen von der Bedeutsamkeit der Überwindung von Furcht und welche Freiheitsräume es ihnen eröffnete, das Risiko akzeptiert zu haben. Letztlich kann es Sicherheit nur geben, wenn sie für alle gilt, nicht nur für die eigene Gruppe. Ihre Bedingung ist die Gerechtigkeit. Der Weg, sie zu erreichen, ist der der Gewaltfreiheit.

Christine Schweitzer  
c/o Bund für Soziale Verteidigung  
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden  
[Schweitzer@soziale-verteidigung.de](mailto:Schweitzer@soziale-verteidigung.de)  
[www.soziale-verteidigung.de](http://www.soziale-verteidigung.de)